



Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Abonnenten des Newsletters

Berliner Büro

Unter den Linden 71

Raum 337

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

10. Mai 2019

Europa als Garant für Frieden und Wohlstand / aktuelle Steuerschätzung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

liebe Abonnenten des Newsletters,

zurück aus der parlamentarischen Osterpause, nimmt der Bundestag wieder seine Arbeit auf. Im Innenausschuss und im Bundestag haben wir in dieser Woche ein neues Asylpaket auf den Weg gebracht. Als CDU bringen wir Ordnung in die Asylpolitik. Ziel ist es, die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber effektiver durchzusetzen. Leider hinken wir bei den Rückführungen nach wie vor unseren hoch gesteckten Zielen hinterher. Gleichzeitig wollen wir die Integration der Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive in unseren Arbeitsmarkt verbessern und Fachkräften die Einreise erleichtern. Das sind die wesentlichen Zielrichtungen des neuen Asylpakets, das in den nächsten Wochen im Parlament ausführlich diskutiert wird. Abschiebung und Integration in den Arbeitsmarkt sind zwei Seiten derselben Medaille.

Wir setzen auf eine Finanzpolitik, die klug in die Zukunft investiert

Zudem präsentierten die Experten des Arbeitskreises Steuerschätzungen die neuen Zahlen zur Steuerentwicklung in Deutschland. Demnach fehlen dem Bund bis zum Jahr 2023 71,4 Milliarden Euro. Im laufenden Jahr muss der Bund gegenüber den



vorherigen Planungen 5,9 Milliarden Euro einsparen. Das sind zunächst keine guten Nachrichten. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Einnahmen des Bundes nach wie vor über den Einnahmen aus dem Vorjahr liegen. Nie waren die Einnahmen des Staates höher als heute.

Nun muss der SPD-Finanzminister Scholz zeigen, dass er mit Geld umgehen kann. Unserer ehemaliger Finanzminister Schäuble war ein Garant für die schwarze Null, für Schuldenabbau und für Investitionen in Rekordhöhe. Die SPD fällt bis dato vor allem durch Umverteilung und Tagträumereien von Kollektivierung und Enteignung auf. Angesichts der schwierigeren Finanzlage kann ich nicht nachvollziehen, warum die SPD auf die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung pocht. Dadurch erhält zum Beispiel der wohlhabende Gatte der reichen Zahnärztin ein Steuergeschenk aus dem Bundeshaushalt. Ich möchte dagegen, dass den Rentnerinnen und Rentnern, die ihr Leben lang gearbeitet haben, zielgerichtet geholfen wird.

Als Union setzten wir auf eine Finanzpolitik, die klug in die Zukunft investiert:

- Bildung (Kita-Ausbau, BAföG-Reform, Digitalpakt Schule)
- Entlastung der Bürgerinnen und Bürger (Beitragssenkungen für die gesetzliche Krankenversicherung, Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages)
- Infrastruktur (Baukindergeld, Rekordinvestitionen in Straßen, Schienen und die digitalen Netze)

Dass wir als große Koalition auf dem richtigen Weg sind, zeigt das Faktenblatt [Ein Jahr große Koalition](#). Besonders freue ich mich auch darüber, dass es mehr Geld für Feuerwehren, Rettungsdienste, Polizei und die Justiz gibt. So investieren wir klug in die Zukunft des Landes. Dank der guten Lage am Arbeitsmarkt und den ersten Zeichen für eine konjunkturelle Verbesserung blicke ich positiv in die Zukunft.

Europa muss mit einer Stimme sprechen

In diesen Tagen jährt sich das Ende des zweiten Weltkrieges zum 74. Mal, und Ende des Monats sind rund 400 Millionen Unionsbürger aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Bei all der berechtigten Kritik an der



Europäischen Union kommen mir in der Debatte die Vorteile zu kurz. Die Geschichte der EU ist ein einmaliger Friedensprozess. Europa ist der Garant für Frieden und Wohlstand und die einzige Möglichkeit für die einzelnen Mitgliedsstaaten, im globalen Konzert der Supermächte beachtet zu werden. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, hören uns die USA, China, Indien und Russland zu. Dieser Tatsache müssen wir uns bewusst sein, wenn es darum geht, die Europäische Union fortzuentwickeln.

Wir müssen in der Verteidigungspolitik, der Klimaschutzpolitik, der Sicherheit und der Flüchtlingspolitik mit einer Stimme sprechen. Europa hat das Leben für viele Menschen besser gemacht. Deutschland profitiert wie kein anderes Land vom Euro, vom Freihandel und vom Export. Wir reisen wie selbstverständlich durch die Europäische Union, wir zahlen in den meisten Ländern mit dem Euro. Die Roaming-Gebühren für die Nutzung des Mobiltelefons sind weggefallen, viele Studierende haben vom Erasmus-Programm Gebrauch gemacht, um im Ausland zu studieren. Ich kenne viele Menschen aus unserer Region, die täglich in die Niederlande fahren, um dort zu arbeiten. Für sie ist Europa Alltag. Ich würde mich freuen, wenn Sie mit Ihrer Stimme für die EVP am 26. Mai zeigen, dass auch für Sie Europa die Lösung für die Probleme ist, vor denen wir stehen. Die Union ist die politische Kraft, die mit gesundem Menschenverstand den Bürgern Sicherheit, Wohlstand und Zukunft bringt.

Windenergie: Akzeptanz für die Energiewende durch neue Abstandsregelungen

Zurück in den Wahlkreis: In der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir uns in dieser Woche intensiv mit der Energiewende auseinandergesetzt. Bei vielen Terminen im Wahlkreis habe ich in den vergangenen Wochen mit Kritikern und Befürwortern der Windenergie gesprochen. Dieses Feedback aus den Wahlkreisen trägt die CDU in der Arbeitsgruppe „Akzeptanz für die Energiewende“ zusammen. Ein Ziel ist es, ein Konzept für neue Abstandsregelungen zu erarbeiten. Ich ärgere mich, dass die SPD zwei Pläne dazu abgelehnt hat. Die CDU schlägt vor, die Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich abzuschaffen oder die im Baugesetzbuch vorgesehene Länderöffnungsklausel, die seinerzeit nur Bayern umgesetzt hat, wieder aufzugreifen. Auch Vorschläge zur



Marc Henrichmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II

Seite 4 von 4 Seiten des Schreibens vom 10.05.19

Einführung eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung hat die SPD abgelehnt. Seit Wochen hören wir in der AG Akzeptanz von der SPD nur ein Wort zu den Vorschlägen der CDU: Nein, nein, nochmals nein. Ich weiß um die Sorgen vieler Kritiker von Windenergieanlagen. Vor diesem Hintergrund kann ich die Haltung der SPD nicht nachvollziehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns die Energiewende ohne die Akzeptanz der Bevölkerung nicht gelingen wird. Abstandsregelungen von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung sind da ein wichtiger Schritt.

In der nächsten Woche kommt der Bundestag erneut zusammen. Erst danach geht es für mich wieder in den Wahlkreis. Für Rückfragen und Anmerkungen zu den von mir angesprochenen Themen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Viele Grüße aus Berlin

Mit freundlichen Grüßen